Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/027(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 25.01.2021	Ratssaal	16:00Uhr	18:50Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

- 6.20 Aufnahme Windmühlenstraße in die Investitionsprioritätenliste SPD-Stadtratsfraktion | WV v. 03.09.2020 A0174/20
- 6.20.1 Aufnahme Windmühlenstraße in die Investitionsprioritätenliste S0360/20

- 6.21 Tanzglockenspielgerät für Halberstädter Straße SR Hoffmann (Fraktion CDU/FDP) und SR Müller (Fraktion DIE LINKE) WV v. 03.09.2020 A0180/20
- 6.21.1 Tanzglockenspielgerät für Halberstädter Straße S0349/20

- 6.22 Plakat-Kampagne "Achtung Igel!" Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 03.09.2020 A0183/20
- 6.22.1 Plakat-Kampagne "Achtung Igel!" Ausschuss UwE A0183/20/1
- 6.22.2 Plakat-Kampagne "Achtung Igel!" S0338/20

6.23	Verbesserung der Parkplatzsituation in der Martin-Agricola-Straße Fraktion Tierschutzpartei/Bund für Magdeburg (BfM) WV v. 12.10.2020	A0197/20
6.23.1	Verbesserung der Parkplatzsituation in der Martin-Agricola-Straße	S0387/20
6.24	Einrichtung von zwei Parkplätzen für Menschen mit Beeinträchtigungen direkt vor dem Alten- und Service-Zentrum (ASZ) Olvenstedt Bruno-Beye-Ring 3 SPD-Stadtratsfraktion WV v. 12.10.2020	A0207/20
6.24.1	Einrichtung von zwei Parkplätzen für Menschen mit Beeinträchtigungen direkt vor dem Alten- und Service-Zentrum (ASZ) Olvenstedt Bruno-Beye-Ring 3	S0368/20
Neuanträge		
TOP 6.25 - 6.43 - Neuanträge aus den Sitzungen des Stadtrates vom 03.12. / 07.12.2020		
6.25	Erneute Anfrage der Landeshauptstadt an das Finanzministerium Ausschuss BSS WV v. 07.12.2020	A0235/20
6.25.1	Erneute Anfrage der Landeshauptstadt an das Finanzministerium Fraktion AfD	A0235/20/1
6.25.2	Erneute Anfrage der Landeshauptstadt an das Finanzministerium SPD-Stadtratsfraktion	A0235/20/2
6.26	Klinke-Radweg zwischen Leipziger Straße und Humboldtstraße SPD-Stadtratsfraktion WV v. 07.12.2020	A0242/20
6.27	Neu- und Ersatzpflanzung von Bäumen/Nahversorger Alt Salbke CDU-Ratsfraktion WV v. 07.12.2020	A0241/20
6.27.1	Neu- und Ersatzpflanzung von Bäumen/Nahversorger Alt Salbke Fraktion DIE LINKE WV v. 07.12.2020	A0241/20/1
6.28	Neupflanzung/Halberstädter Chaussee CDU-Ratsfraktion WV v. 07.12.2020	A0243/20
6.29	Streuobstwiese Niendorfer Grund (Ortsumgehung Ottersleben) CDU-Ratsfraktion WV v. 07.12.2020	A0244/20

6.30	Elektronische Abstimmungen Vorsitzender des Stadtrates Stadtrat Hoffmann WV v. 07.12.2020	A0249/20
6.30.1	Elektronische Abstimmungen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 07.12.2020	A0249/20/1
6.30.2	Elektronische Abstimmungen AfD-Fraktion	A0249/20/2
6.31	Transparente Aufstellungen zum Haushaltsplan AfD-Fraktion WV v. 07.12.2020	A0250/20
6.32	Prüfung der Problemlage im Moritzplatzquartier AfD-Fraktion WV v. 07.12.2020	A0252/20
6.33	Tempo 30 für die Hertzstraße Fraktion DIE LINKE WV v. 07.12.2020	A0246/20
6.34	Ehrentafel für die in Ausübung ihres Dienstes tödlich verunglückten Magdeburger Feuerwehrleute Fraktion DIE LINKE WV v. 07.12.2020	A0247/20
6.35	Bildungs- und Teilhabepaket Fraktion DIE LINKE WV v. 07.12.2020	A0248/20
6.36	100 Jahre Magdeburger Zoo- Zukunftskonzept 2050 Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 07.12.2020	A0254/20
6.37	Verbesserung der Beleuchtungssituation und der Nahmobilität an der Schrote/Börderadweg SR Hausmann SPD-Stadtratsfraktion SR'n Linke Fraktion GRÜNE/future! WV v. 07.12.2020	A0253/20
6.38	Installation eines Stromanschlussverteilers zur Unterstützung der kulturellen Veranstaltungen am Schellheimer Platz interfraktionell Fraktion FDP/Tierschutzpartei, Fraktion GRÜNE/future!, SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE WV v. 07.12.2020	A0245/20
6.39	Gestalterische und bauliche Maßnahmen an Kreuzungen und Einmündungen in Stadtfeld-Ost Fraktion GRÜNE/future! WV v. 07.12.2020	A0238/20

6.40	Herausforderung Lieferverkehr Fraktion GRÜNE/future! WV v. 07.12.2020	A0240/20
6.41	Praktische Hilfe für Geflüchtete in den Unterkünften auf griechischen Inseln interfraktionell Fraktion GRÜNE/future!, SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE WV v. 07.12.2020	A0237/20
6.42	Verbesserung der Luftqualität an Schulen Fraktion FDP/Tierschutzpartei WV v. 07.12.2020	A0255/20
6.43	Indirekte Förderung durch gesplittete Niederschlagswassergebühren bei Dachbegrünung Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0256/20
6.44	Transparente Kommunikation über die Erreichbarkeit des Jugendamtes Fraktion DIE LINKE	A0258/20
6.45	Gefahr an der Sternbrücke prüfen AfD-Fraktion	A0259/20
6.46	Mittagessen in Pandemiezeiten für BuT-Empfänger*innen Fraktion DIE LINKE	A0262/21
6.47	Neue Chance für das „Haus Junger Talente“ Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0264/21
6.47.1	Neue Chance für das „Haus Junger Talente“ Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0264/21/1
6.48	Orchesterprobenraum SR Müller Fraktion DIE LINKE	A0266/21
6.49	Farbliche Hervorhebung der Radverkehrsanlagen am Damaschkeplatz Interfraktionell	A0260/21
6.49.1	Farbliche Hervorhebung der Radverkehrsanlagen am Damaschkeplatz CDU-Ratsfraktion	A0260/21/1
6.50	Gutscheine Magdeburger Bürger*innenpanels Fraktion Grüne/future! SPD-Stadtratsfraktion	A0261/21
6.51	Auszahlung der Corona-Prämie an alle Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe – auch bei freien Trägern! SR Müller, Fraktion DIE LINKE	A0265/21

6.51.1	Auszahlung der Corona-Prämie an alle Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe – auch bei freien Trägern! Fraktion AfD	A0265/21/1
6.51.2	Auszahlung der Corona-Prämie an alle Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe – auch bei freien Trägern! SR Müller, Fraktion DIE LINKE	A0265/21/2
6.52	Änderung der Geschäftsordnung Ausschuss KRB	A0268/21
6.52.1	Änderung der Geschäftsordnung SPD-Stadtratsfraktion	A0268/21/1
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
8.1	Nächtliche Abschiebungen und Einbezug des Integrationsbeirats SR Liebau	F0017/21
8.2	Corona-Impfungen für Patient*innen in häuslicher Krankenpflege SR Müller	F0021/21
8.3	Fährstraße - An der Elbe SR Guderjahn	F0012/21
8.4	Fahrradstadt Magdeburg? SR'n Linke	F0014/21
8.5	Spielplatz „Am Neuber“ SR Hausmann	F0008/21
8.7	Bearbeitungszeit 1. Änderung zum B-Plan Nr. 312-2 „Große Diesdorfer Straße/ Dehmbergstraße“ im Teilbereich SR'n Fassl	F0019/21
8.8	Temporäre Schließung MVB-Servicepunkt am ZOB SR Canehl	F0022/21
8.9	Akte OB SR Guderjahn	F0013/21
8.10	Radweg Damaschkeplatz SR'n Jäger und SR Hempel	F0301/21
8.11	Beleuchtung entlang der Straße „An den Barroseen“ SR'n Brandt	F0006/21
8.6	Geheime Wählbarkeitsprüfung des Oberbürgermeisters? SR Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Stadtrat Pasemann	F0297/20

8.12	Fahrbahn – Piktogramme – Tempo 30 in der Fallersleber Straße SR'n Brandt	F0007/21
8.13	Bußgelder wegen Corona-Maßnahmen SR Kumpf	F0009/21
8.14	Anbindung des Ersatzneubau Strombrücke an die Stadtparkstraße SR Zander	F0005/21
8.15	Situation, Verbesserung und Schutz der Prostituierten in Magdeburg unter den Bedingungen der gegenwärtigen Pandemie SR'n Fassl	F0010/21
8.16	Entwicklung der Verkehrsleistung in Magdeburg SR Canehl	F0003/21
8.17	Kommunaler Klimaschutz ohne methodisch korrektes, kontinuierliches Monitoring? SR Liebau	F0004/21
8.18	Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg (SFM) SR'n Linke	F0015/21
8.19	Anna-Ebert-Brücke SR Rupsch	F0016/21
8.20	Kurzarbeit bei vollem Lohnausgleich bei der Weihnachtsmarkt GmbH SR Zander	F0011/21
8.21	Erweiterung des MVB-Schienennetzes SR Hempel	F0018/21
8.22	Radikale Rodungen im Bereich der Klinke zw. Südring und Hellestraße SR Müller	F0020/21

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
-

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Hoffmann eröffnet die 027.(VII) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträt*innen, den Oberbürgermeister, die Gäste, Mitarbeiter*innen der Verwaltung und Medienvertreter*innen . Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	42	“	“
maximal anwesend	44	“	“
entschuldigt	13	“	“
unentschuldigt	-		

Zu Beginn der Stadtratssitzung macht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper grundsätzliche Bemerkungen zum Thema Corona und den hierzu geführten Auseinandersetzungen in der vergangenen Stadtratssitzung und den Interneteinträgen mit gegenseitigen Vorwürfen. Er bittet eindringlich darum, das Thema Corona aus dem politischen Streit herauszuhalten. Er macht deutlich, dass es hier um die Stadt und um das Leben von Menschen geht, die durch Unachtsamkeit zu Tode kommen können. Herr Dr. Trümper gibt den Hinweis, dass die Todesraten in Deutschland inzwischen höher sind als in den USA und die in Sachsen-Anhalt nochmal höher als der Mittelwert in Deutschland.

Eingehend auf die Situation in der Stadt Magdeburg hält er fest, dass derzeit nur wenig Todesfälle und wenige Infektionen zu verzeichnen sind. Dies sei der Tatsache geschuldet, dass in Pflegeheimen nur Besucher reinkommen, die einen negativen Corona-Schnelltest gemacht haben und auch die Mitarbeiter in den Heimen sich mindestens zweimal die Woche dem Schnelltest unterziehen müssen. Herr Dr. Trümper stellt klar, dass all diese Maßnahmen dazu geführt haben, dass die Stadt Magdeburg bisher gut durch die Corona-Krise geführt wurde.

Im Weiteren geht Herr Dr. Trümper auf die Impfsituation in den Altepflgeheimen ein und teilt mit, dass, vorausgesetzt, dass genügend Impfstoff vorhanden ist, Mitte Februar mit der zweiten Impfung abgeschlossen werden kann und die Wirkung abzuwarten ist, wenn genug Menschen geimpft sind.

Herr Dr. Trümper bittet darum, dass sich bei der nächsten Stadtratssitzung alle einem Schnelltest unterziehen, da dieser alle schützt. Er verweist in diesem Zusammenhang auf seine erste Anweisung am 23.11.2020, einen Corona-Schnelltest machen zu müssen, die ihm viel Ärger und Klageandrohungen eingebracht habe. Am 13.12.2020 wurde der Schnelltest dann bundesweit eingeführt.

Abschließend berichtet er über persönliche Erfahrungen im Umgang mit dem Corona-Schnelltest und stellt fest, dass es Sinne mache, diesen zu nutzen.

Er appelliert nochmals an den Stadtrat, den Schnelltest bei der nächsten Stadtratssitzung zu machen. Aus seiner Sicht müsse es die Endkonsequenz sein, dass der Corona-Schnelltest frei verkäuflich sein müsste, damit jeder einen Corona-Schnelltest zu Hause machen kann.

Eingehend auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters merkt der Vorsitzende des Stadtrates Herr Hoffmann an, dass er diesem in einigen Passagen zustimme. Er erklärt, dass er auch keinen politischen Streit in dieser Frage wünscht, allerdings sei ein negativer Schnelltest kein Freifahrtschein für endlose Diskussionen. Er stellt fest, dass im Stadtrat eine gewisse Disziplinlosigkeit herrsche und bezeichnet diese unter den Bedingungen als skurril.

Herr Hoffmann verweist auf seine Feststellung im Stadtrat, dass derzeit eine durchaus angespannte Situation herrsche und dessen sich alle bewusst sein mögen und stimmt damit mit dem Oberbürgermeister völlig überein. Er vertritt ebenfalls die Auffassung, dass alle Risikogruppen geschützt und so schnell wie möglich durchgeimpft werden müssen. Herr Hoffmann merkt weiterhin an, dass er die Auffassung des Grünen Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer teile, dass es die freie Entscheidung jedes Einzelnen sein sollte, sich für oder gegen eine Impfung bzw. Schnelltest zu entscheiden.

Weiterhin verbittet er sich von einer nicht namentlich genannten Presse, durch suggestive Fragen, die sich nicht stromlinienförmig in einem propagierten Mainstream bewegen, in einer gewissen Form diskreditiert zu werden. Herr Hoffmann teilt des Weiteren mit, dass ihm keine Corona-Leugner bekannt seien. Diese aber genauso zur Gesellschaft gehören sollten, wie verschiedenste Virologen mit sehr unterschiedlichen Meinungen, aber die dafür alle einen gleichen Mediendrang haben. Er vergleicht seine Einstellung mit der aus vergangenen DDR-Zeiten, wo er auch nicht alles mitgemacht habe.

Eingehend auf einen Presseartikel bittet Herr Hoffmann, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Abstände im Raatssaal ausgemessen und gewährleistet sind. Er verweist ebenfalls auf eine gut funktionierende Lüftung im Saal und bittet in diesem Zusammenhang um die Einhaltung der aktuell bestehenden Corona-Vorsorgemaßnahmen.

Herr Hoffmann erklärt sich bereit, sich bei einer bestehenden Impfmöglichkeit impfen zu lassen, da er von der Impfung überzeugt ist, vom Test aber nicht. Er stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob auch alle Anwesenden bereit wären, sich impfen zu lassen.

Am Ende seiner Ausführungen richtet er erneut den Appell an den Stadtrat, bei den Anträgen mehr Disziplin walten zu lassen und keine neue Debatte zu führen.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future! übt Kritik, dass vom Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Hoffmann um Disziplin und Kürze in der Diskussion gebeten wird, er selbst aber die Gelegenheit nutzt, um seine Position lang und breit darzustellen.

Er betont, dass Diskussionen in der Demokratie ein wichtiges Element seien, um Argumente hervorzubringen und Überzeugungsarbeit zu leisten.

Stadtrat Stage betont, dass er die Ausführungen des Oberbürgermeisters voll und ganz unterstützt. Allerdings müsse man sich einigen, welche Möglichkeit zur Durchführung einer

Stadtratssitzung, wie digitale Sitzung, Schnelltests vor der Sitzung oder auch die Suche nach einem größeren Raum, gewählt wird. Diesbezüglich wünsche er sich eine schnelle Lösung.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion dankt dem Oberbürgermeister für die einleitenden Worte. Er merkt an, dass er persönlich bisher jeden Schnelltest mitgenommen habe. Er stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob man dieses Schnelltests auch für die Ausschusssitzungen besorgen könnte.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sagt zu, dass wenn der Wunsch bei der Mehrheit des Stadtrates besteht, er die Schnelltests auch für die Ausschusssitzungen organisieren wird. Allerdings wäre dies nur sinnvoll, wenn eine Mehrheit des jeweiligen Ausschusses bzw. des Stadtrates sich testen lassen würde.

Er bietet weiterhin die Möglichkeit an, eine Einweisung für die Schnelltests zu organisieren, damit die Fraktionen in ihren Fraktionsräumen den Test selbst durchführen könnten.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander erklärt, dass er als selbstständiger Unternehmer nicht bereit ist, sich testen zu lassen. Er erklärt, dass bei einem positiv ausfallenden Test er in Quarantäne müsse und dadurch keine Einnahmen hätte, obwohl dann trotzdem Versicherungen etc. bezahlt werden müssten. Eingehend auf eine erhaltene E-Mail, dass die Teilnahme an der Sitzung des Jugendhilfeausschusses nur möglich ist, wenn ein Schnelltest gemacht werde, merkt Herr Zander an, dass diese Forderung unverschämt sei.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bezeichnet die Einstellung des Stadtrates Zander als höchst gefährlich und merkt an, dass dieses Verhalten dem Infektionsschutzgesetz widerspricht.

Nach der einführenden Diskussion bittet der Vorsitzende der Fraktion AfD Stadtrat Pasemann darum, die Anträge A0250/20 – TOP 6.31, A0252/20 – TOP 6.32 und A0259/20 – TOP 6.45 zu vertagen.

6.20. Aufnahme Windmühlenstraße in die Investitionsprioritätenliste A0174/20

SPD-Stadtratsfraktion |
WV v. 03.09.2020

Die Ausschüsse FG und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Zu Beginn bittet Stadträtin Brandt, SPD-Stadtratsfraktion, den Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Hoffmann, sein Amt von persönlichen Erwidernungen zu trennen und stattdessen eine persönliche Erklärung abzugeben.

Sie bringt im Weiteren den Antrag A0174/20 ein.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann, verweist auf die Prioritätenliste mit 120 Maßnahmen und erklärt, dass diese erst abgearbeitet werden müsse.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, unterstützt die Ausführungen von Herrn Dr. Scheidemann und signalisiert die Ablehnung des Antrages.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, wirbt für die Annahme des Antrages und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob Verschiebungen von Maßnahmen in der Prioritätenliste möglich sind.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, Stadtrat Zander, merkt an, dass die SPD-Stadtratsfraktion einen Antrag, zusätzlich 1 Mio Euro für Straßensanierungen in Südost zur Verfügung zu stellen, abgelehnt hat.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, wirbt ebenfalls für die Annahme des Antrages A0174/20.

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future!, unterstützt die Argumentation des Stadtrates Zander und betont, dass es noch viele offene Maßnahmen im Radverkehr gäbe, die erst einmal abgearbeitet werden müssen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Antrag A0174/20 mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 751-027(VII)21

Den nördlichen Abschnitt der Windmühlenstraße (im Stadtteil Rothensee) in die Investitionsprioritätenliste bzw. in die Maßnahmenliste zur Fahrbahnsanierung aufzunehmen.

6.21.	Tanzglockenspielgerät für Halberstädter Straße	A0180/20
	SR Hoffmann (Fraktion CDU/FDP) und SR Müller (Fraktion DIE LINKE)	
	WV v. 03.09.2020	

Die Ausschüsse StBV und FG und der BA SFM empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß vorliegendem Antrag A0180/20 der Stadträte Müller, Fraktion DIE LINKE und Hoffmann, CDU-Ratsfraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 752-027(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in 2021 im Bereich der Halberstädter Straße (bspw. Ecke Lemsdorfer Weg) zur weiteren Aufwertung ein Tanzglockenspielgerät für Kinder zu installieren.

6.22. Plakat-Kampagne "Achtung Igel!"

A0183/20

Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz
WV v. 03.09.2020

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0183/20/1.

Der Ausschuss FG betrachtet den Antrag A0183/20 mit dem vorliegenden Änderungsantrag als erledigt.

Stadträtin Fassl, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, bringt den Antrag A0183/20 ein.

Stadtrat Moll, Mitglied im Ausschuss UwE, bringt den Änderungsantrag A0183/20/1 ein.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0183/20/1 des Ausschusses UwE **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Pkt. 1 des Antrages wird gestrichen.

Pkt. 2 des Antrages wird wie folgt geändert:

Die Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt tier- und umweltschützende Vereine bei einer kostengünstigen Genehmigung von Warnhinweisen an Straßenlaternen hinsichtlich der Querung von Igel in Straßenverkehr, bis sich diese in den Winterschlaf begeben.

Gemäß vorliegendem Antrag A0183/20 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0183/20/1 mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 753-027(VII)21

1. Die Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt tier- und umweltschützende Vereine bei einer kostengünstigen Genehmigung von Warnhinweisen an Straßenlaternen hinsichtlich der Querung von Igel in Straßenverkehr, bis sich diese in den Winterschlaf begeben.
2. Um Gefahrengebiete ausfindig zu machen und die Aktion in den Folgejahren dahin ausweiten zu können, sollen die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert werden, die Sichtung von toten und lebenden Igel in Veterinäramt zu melden, damit ein erhöhtes Aufkommen statistisch erfasst und die Aktion angepasst werden kann.

- 6.23. Verbesserung der Parkplatzsituation in der Martin-Agricola-Straße A0197/20
Fraktion Tierschutzpartei/Bund für Magdeburg (BfM)
WV v. 12.10.2020
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung

Der Vorsitzende der Fraktion FDP/TSP Stadtrat Moll bringt den Antrag A0197/20 ein.

Gemäß vorliegendem Antrag A0197/20 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 754-027(VII)21

Zur Verbesserung der Parkplatzsituation in der Martin-Agricola-Straße wird der Oberbürgermeister gebeten, den Rückbau der dort vorhandenen 8 Gehwegausbuchtungen zu veranlassen, damit insgesamt 16 neue Parkplätze entstehen. Gleichzeitig sollen die querstehenden Parkflächen mit entsprechenden Markierungen versehen werden. Darüber hinaus sind in der Mitte der Straße durch das Abschrägen der Bordsteine Querungshilfen für Menschen mit Behinderungen, Kinderwagen usw. zu schaffen.

- 6.24. Einrichtung von zwei Parkplätzen für Menschen mit Beeinträchtigungen direkt vor dem Alten- und Service-Zentrum (ASZ) Olvenstedt Bruno-Beye-Ring 3 A0207/20
SPD-Stadtratsfraktion
WV v. 12.10.2020
-

Die Ausschüsse StBV und GeSo empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, dankt der Verwaltung für die schnelle Umsetzung des Antrages.

Gemäß vorliegendem Antrag A0207/20 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 755-027(VII)21

Der Oberbürgermeister wird gebeten, direkt vor dem Alten- Und Service-Zentrum Olvenstedt, Bruno-Beye-Ring 3 zwei Parkplätze für Menschen mit Beeinträchtigung einzurichten.

Neuanträge

6.25.	Erneute Anfrage der Landeshauptstadt an das Finanzministerium Ausschuss BSS WV v. 07.12.2020	A0235/20
-------	---	----------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen die Änderungsanträge A0235/20/1 der Fraktion AfD und A0235/20/2 der SPD-Stadtratsfraktion vor.

Der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Hausmann bringt den Antrag A0235/20 ein und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, zeigt sich überrascht, dass der Antrag noch Bestandteil der Tagesordnung ist und verweist auf die Beschlussfassung des Stadtrates zum Schulneubau „Am Winterhafen“. Er verweist im Weiteren auf ein Schreiben des Ministeriums, dass das Land das Grundstück nicht verkaufen will. Abschließend bittet er darum, die vorliegenden Änderungsanträge abzulehnen.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler erläutert die Intention des vorliegenden Änderungsantrages A0235/20/2.

Der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Hausmann begründet nochmals die Antragstellung mit dem Hinweis, dass es Signale aus dem Land gab.

Der Stadtrat **beschließt** mit 21 Ja-, 25 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0235/20/2 der SPD-Stadtratsfraktion –

Der Antrag A0235/20 ist wie folgt zu ändern:

Streichung der Formulierung „einen Grundschulneubau“ aus dem Antrag und durch die Formulierung „eine kommunale Nutzung“ ersetzen. –

wird **abgelehnt**.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Jastimme:

Der Änderungsantrag A0235/20/1 der Fraktion AfD –

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

Zudem wird der Oberbürgermeister beauftragt, für das landeseigene Gelände zwischen dem Bildungsministerium in der Turmschanzenstraße 32 und der Herrenkrugstraße eine konkrete Anfrage zu stellen, ob das Land nun möglicherweise bereit ist, das Gelände für einen Schulneubau zur Verfügung zu stellen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 756-027(VII)21

Der Antrag A0235/20 des Ausschusses BSS -

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, erneut eine konkrete Anfrage zu stellen, ob das Land möglicherweise jetzt bereit ist, aus der derzeit ungenutzten Liegenschaft Zuckerbusch im hinteren, also nördlichen, Bereich freie Grundstücksflächen von etwa 4.500 – 5.000 m² für einen Grundschulneubau zur Verfügung zu stellen.

wird **abgelehnt**.

6.26.	Klinke-Radweg zwischen Leipziger Straße und Humboldtstraße	A0242/20
	SPD-Stadtratsfraktion WV v. 07.12.2020	

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion, Fraktion GRÜNE/future! und Fraktion FDP/TSP – Überweisung des Antrages A0242/20 in den Ausschuss StBV und der Fraktionen GRÜNE/future! und FDP/TSP zusätzlich in den Ausschuss UwE – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0242/20 der SPD-Stadtratsfraktion wird in die Ausschüsse StBV und UwE überwiesen.

6.27. Neu- und Ersatzpflanzung von Bäumen/Nahversorger Alt Salbke A0241/20
CDU-Ratsfraktion
WV v. 07.12.2020

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Änderungsantrag A0241/20/1 der Fraktion die LINKE vor.

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion FDP/TSP – Überweisung des Antrages A0241/20 in den Ausschuss UwE – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0241/20 wird in den Ausschuss UwE überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag wird in die Beratung mit einbezogen.

6.28. Neupflanzung/Halberstädter Chaussee A0243/20
CDU-Ratsfraktion
WV v. 07.12.2020

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion FDP/TSP – Überweisung des Antrages A0243/20 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0243/20 der CDU-Ratsfraktion wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

6.29. Streuobstwiese Niendorfer Grund (Ortsumgehung Ottersleben) A0244/20
CDU-Ratsfraktion
WV v. 07.12.2020

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion FDP/TSP – Überweisung des Antrages A024/20 in den Ausschuss UwE und in den BA SFM – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0244/20 wird in den Ausschuss UwE und in den BA SFM überwiesen.

6.30. Elektronische Abstimmungen

A0249/20

Vorsitzender des Stadtrates Stadtrat Hoffmann
WV v. 07.12.2020

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander gibt den Hinweis, dass bereits ein Antrag seiner Fraktion zur Thematik vom Stadtrat abgelehnt wurde. Er spricht sich für die Annahme des vorliegenden Antrages A0249/20 aus und bringt den Änderungsantrag A0249/20/1 ein. Er dankt in diesem Zusammenhang der Verwaltung für die heute gestartete Live-Übertragung der Stadtratssitzung.

Der Vorsitzende der Fraktion AfD Stadtrat Pasemann bringt den Änderungsantrag A0249/20/2 ein.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 7 Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0249/20/2 der Fraktion AfD –

Der vorliegende Antrag wird wie folgt ergänzt:

Weiterhin ist zu prüfen, inwieweit Wortmeldungen im Rahmen einer Stadtratssitzung über das gleiche System erfasst und angezeigt werden können. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0249/20/1 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz **beschließt** der Stadtrat mit 23 Ja-, 15 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt: fett/kursiv

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Voraussetzungen für elektronische Abstimmungen gemäß § 56, Abs. 2, Satz 1 KVG-LSA im Otto-von-Guericke Saal (Ratssaal) geschaffen werden müssen.

Gibt es zur Umsetzung der Durchführung der elektronischen Abstimmungen mehrere Varianten, sollen diese dem Finanz-und Grundstücksausschuss und dem Verwaltungsausschuss zur Abstimmung vorgelegt und zügig umgesetzt werden.

Gemäß vorliegendem Antrag A0249/20 des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Hoffmann **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0249/20/1 einstimmig:

Beschluss-Nr. 757-027(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Voraussetzungen für elektronische Abstimmungen gemäß § 56, Abs. 2, Satz 1 KVG-LSA im Otto-von-Guericke Saal (Ratssaal) geschaffen werden müssen.

- 6.34. Ehrentafel für die in Ausübung ihres Dienstes tödlich verunglückten Magdeburger Feuerwehrleute A0247/20
Fraktion DIE LINKE
WV v. 07.12.2020
-

Gemäß vorliegendem Antrag A0247/20 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 759-027(VII)21

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob an einer Wache der Berufsfeuerwehr eine Ehrentafel für die in Ausübung ihres Dienstes tödlich verunglückten Magdeburger Feuerwehrleute angebracht werden kann.

- 6.35. Bildungs- und Teilhabepaket A0248/20
Fraktion DIE LINKE
WV v. 07.12.2020
-

Es liegen die GO-Anträge der CDU-Ratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0248/20 in den Ausschuss GeSO und ergänzend durch die CDU-Ratsfraktion – in den Ausschuss FG – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0248/20 wird in die Ausschüsse GeSo und FG überwiesen.

- 6.36. 100 Jahre Magdeburger Zoo- Zukunftskonzept 2050 A0254/20
Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz
WV v. 07.12.2020
-

Stadträtin Middendorf, CDU-Ratsfraktion, verlässt den Sitzungssaal und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz – Überweisung des Antrages A0254/20 in die Ausschüsse StBV, VW und UwE – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 4 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0254/20 wird in die Ausschüsse StBV, VW und FG überwiesen.

- 6.37. Verbesserung der Beleuchtungssituation und der Nahmobilität an der Schrote/Börderadweg A0253/20
 SR Hausmann SPD-Stadtratsfraktion
 SR'n Linke Fraktion GRÜNE/future!
 WV v. 07.12.2020
-

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0253/20 in den Ausschuss StBV und ergänzend durch die Fraktion DIE LINKE in den Ausschuss UwE – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0253/20 des Stadtrates Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion und Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future! wird in die Ausschüsse StBV und UwE überwiesen.

- 6.38. Installation eines Stromanschlussverteilers zur Unterstützung der kulturellen Veranstaltungen am Schellheimer Platz A0245/20
 interfraktionell
 Fraktion FDP/Tierschutzpartei, Fraktion GRÜNE/future!, SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE
 WV v. 07.12.2020
-

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0245/20 in den Ausschuss StBV und in den BA SFM – vor.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future! spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann stellt eingehend auf den Antrag klar, dass die Stadt nicht verpflichtet ist, die Kosten zu übernehmen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Der vorliegende GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0245/20 in den Ausschuss StBV und in den BA SFM wird – wird **abgelehnt**.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke weist darauf hin, dass sich in der Regel der Veranstalter um einen Stromanschluss bemüht hat und merkt an, dass in dieser Frage gleiches Recht für alle gelten müsse.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, wirbt für die Annahme des Antrages.

Eingehend auf die Argumentation des Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke macht Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future! deutlich, dass bereits bei kulturellen Veranstaltungen am Thiemplatz die Kosten von der Stadt übernommen wurden und bittet darum, vernünftige Voraussetzungen zu schaffen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, unterstützt die Ausführungen von Stadtrat Stage und ergänzt, dass auch bei kulturellen Veranstaltungen am Ambrosiusplatz so verfahren wurde.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander unterstützt den interfraktionellen Antrag A0245/20 und teilt die Feststellung, dass in anderen Stadtteilen längst so verfahren werde.

Der Vorsitzende der Fraktion FDP/Tierschutzpartei Stadtrat Moll erläutert die Intention des Antrages A0245/20.

Stadtrat Bublitz, Fraktion GRÜNE/future! merkt an, dass die GWA eine Lösung am Schellheimer Platz begrüßen würde.

Eingehend auf die Anmerkungen des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, gibt Stadtrat Hoffmann, CDU-Ratsfraktion, zu bedenken, dass die Kosten des Stromanschlusses monatlich 35 Euro betragen und es einen Projektträger geben müsse.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß vorliegendem interfraktionellem Antrag A0245/20 einstimmig:

Beschluss-Nr. 760-027(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Schaffung eines Stromanschlusses sowie die Installation eines Elektroversorgungsschrankes/-pollers am Schellheimer Platz zu veranlassen.

6.39.	Gestalterische und bauliche Maßnahmen an Kreuzungen und Einmündungen in Stadtfeld-Ost	A0238/20
	Fraktion GRÜNE/future! WV v. 07.12.2020	

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion, der Fraktion DiE LINKE und der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0238/20 in den Ausschuss StBV – vor.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Antrag A0238/20 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.40. Herausforderung Lieferverkehr A0240/20
 Fraktion GRÜNE/future!
 WV v. 07.12.2020
-

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE und der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0240/20 in den Ausschuss StBV – vor, der durch die Fraktion CDU-Ratsfraktion um den Ausschuss KRB ergänzt wird.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A240/20 der Fraktion GRÜNE/future! wird in die Ausschüsse StBV und KRB überwiesen.

- 6.41. Praktische Hilfe für Geflüchtete in den Unterkünften auf A0237/20
 griechischen Inseln
 interfraktionell
 Fraktion GRÜNE/future!, SPD-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE
 LINKE
 WV v. 07.12.2020
-

Der Vorsitzende der Fraktion AfD Stadtrat Pasemann spricht sich gegen die Annahme des interfraktionellen Antrages A0237/20 aus und hinterfragt die Kosten und die Zuständigkeit der Stadt Magdeburg. Er warnt im Weiteren vor einer Magnetwirkung und bittet darum, den Antrag abzulehnen.

Gemäß vorliegendem interfraktionellen Antrag A0237/20 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 761-027(VII)21

1. Der Stadtrat sieht mit Sorge die Lage der Geflüchteten auf den griechischen Inseln und bekräftigt seinen Beschluss, Magdeburg zum sicheren Hafen zu erklären.
2. Die Landeshauptstadt Magdeburg erklärt ihre Bereitschaft, 10 geflüchtete Menschen mehr, als der Landeshauptstadt Magdeburg durch das Land Sachsen-Anhalt oder die Bundesrepublik Deutschland zugewiesen werden, aufzunehmen.
3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, dies gegenüber der Landesregierung und dem Bündnis Sicherer Häfen zu erklären.

- 6.42. Verbesserung der Luftqualität an Schulen A0255/20
 Fraktion FDP/Tierschutzpartei
 WV v. 07.12.2020
-

Es liegt die GO-Anträge der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrag A0255/20 in die Ausschüsse BSS, FG und BA KGM und der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0255/20 in die Ausschüsse BSS und UWE – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0255/20 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei wird in die Ausschüsse BSS, FG, UWE und in den BA KGM überwiesen.

- 6.43. Indirekte Förderung durch gesplittete A0256/20
 Niederschlagswassergebühren bei Dachbegrünung
 Fraktion FDP/Tierschutzpartei
-

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion FDP/Tierschutzpartei – Überweisung des Antrages A0256/20 in die Ausschüsse UWE, FG und StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0256/20 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei wird in die Ausschüsse UWE, FG und StBV überwiesen.

- 6.44. Transparente Kommunikation über die Erreichbarkeit des A0258/20
 Jugendamtes
 Fraktion DIE LINKE
-

Es liegen die GO-Anträge der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0258/20 in die Ausschüsse Juhi und VW und der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0258/20 in die Ausschüsse Juhi und GeSo – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0258/20 der Fraktion DIE LINKE wird in die Ausschüsse Juhi, VW und GeSo überwiesen.

6.45.	Gefahr an der Sternbrücke prüfen	A0259/20
	AfD-Fraktion	

Der Antrag A0259/20 wurde **vertagt**.

6.46.	Mittagessen in Pandemiezeiten für BuT-Empfänger*innen	A0262/21
	Fraktion DIE LINKE	

Es liegen die GO-Anträge der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0262/21 in den Ausschuss Juhi und der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0262/21 in den Ausschuss GeSo – vor.

Stadträtin Lösch, Fraktion DIE LINKE, spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris nimmt zum Antrag Stellung und merkt an, dass sie grundsätzlich Verständnis für das Problem habe. Sie hält aber die Umsetzung des Antrages mit Verweis auf die logistischen Herausforderungen und die derzeitige pandemische Lage für schwer leistbar.

Der Vorsitzende der Fraktion AfD Stadtrat Pasemann fragt nach, wie das finanziert werden soll.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0262/21 in die Ausschüsse Juhi und GeSo – wird **abgelehnt**.

Im Anschluss verweist Stadträtin Jäger, Fraktion die LINKE, auf Signale von Essenanbietern, die gerne kochen würden und auch von Existenzängsten betroffen sind. Sie macht deutlich, dass die Kinder grundsätzlich Anspruch auf Essensversorgung haben und jetzt nur die Umsetzung geprüft werden müsse.

Eingehend auf die Kostenfrage teilt Frau Borris mit, dass die Kosten nicht bezifferbar seien, wenn das Essen in die Haushalte geliefert werden würde. Sie verweist in diesem

Zusammenhang auch auf den Datenschutz, der die Belieferung nicht einfacher macht. In Anbetracht der derzeitigen Pandemie hält Frau Borris es auch für problematisch, die Kita´s und Schulen für die Essensversorgung zu öffnen.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke bittet darum, in der Argumentation die Frage der wirtschaftlichen Existenz von Essenanbietern und der Essensversorgung auseinander zu halten.

Mit Hinweis auf die Einhaltung der pandemischen Ordnung kann er die hier geführte Diskussion nicht nachvollziehen und hätte sich eine Überweisung des Antrages in die Fachausschüsse gewünscht.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler bringt einen Änderungsantrag ein.

Stadträtin Schulz, FDP/Tierschutzpartei, unterbreitet den Vorschlag, die Bundeswehr für die Verteilung des Essens mit einzubeziehen.

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Schulz bittet mit Verweis auf den bestehenden Zeitdruck eindringlich darum, den Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion abzulehnen. Sie gibt den Hinweis, dass andere Städte dieses Problem gelöst haben und regt an, sich mit diesen in Verbindung zu setzen.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, unterstützt das Ansinnen ausdrücklich.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei Stadtrat Zander unterstützt das Anliegen im Namen seiner Fraktion ebenfalls und verweist auf die reibungslose Lösung in der Stadt Leipzig.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, zeigt sich fassungslos zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion und bittet darum, diesen abzulehnen.

Stadtrat Brandt, SPD-Stadtratsfraktion, hofft auf eine schnelle Lösung des Problems und sagt zu, dass sich der Ausschuss Juhi mit der Thematik nochmals befassen wird.

Die Vorsitzende der Fraktion FDP/Tierschutzpartei Stadträtin Dr. Hüsken empfiehlt der Verwaltung, auf andere Städte zu schauen, wie diese mit dem Problem umgehen und zählt eine Reihe von Möglichkeiten auf. Sie teilt die Befürchtung von Frau Borris nicht, dass ein großer logistischer Aufwand zu erwarten sei. Abschließend betont sie, dass sie sich ebenfalls eine Diskussion in den Fachausschüssen zu dieser Frage gewünscht hätte.

Stadtrat Bublitz, Fraktion GRÜNE/future! bezeichnet den Antrag als richtig und wichtig. Er bedauert allerdings, dass bei einer so langen Pandemiezeit nicht schon eher nach Lösungsansätzen gesucht wurde. Er signalisiert seine Zustimmung zum Antrag.

Abschließend wirbt die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Schulz nochmals dafür, dem Antrag ungeändert zu beschließen.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 15 Ja- und 27 Neinstimmen:

Der Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion –

Der Satz 1 im Beschlusstext wird wie folgt formuliert:

Durch den Oberbürgermeister wird geprüft, wie die Mittagessenversorgung sichergestellt werden kann. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß vorliegendem Antrag A0262/21 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 762-027(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Möglichkeiten zur Mittagessenversorgung für BuT-leistungsberechtigte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene während der Covid-19 bedingten Schul- und Kitaschließungen sicherzustellen. Dazu sollen Gespräche mit Kitas, Trägern, Tagespflegestellen und Schulen sowie den dazugehörigen Cateringunternehmen geführt werden. Ziel ist die schnellstmögliche Schaffung entweder dezentraler Abholmöglichkeiten oder Lieferungen des Mittagstisches.

6.47.	Neue Chance für das „Haus Junger Talente“ Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0264/21
-------	--	----------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Änderungsantrag A0264/21/1 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz vor.

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0264/21 in die Ausschüsse FG, StBV und K – vor.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0264/21 wird in die Ausschüsse FG, StBV und K überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag wird in die Beratungen mit einbezogen.

6.48. Orchesterprobenraum A0266/21
 SR Müller
 Fraktion DIE LINKE

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0266/21 in die Ausschüsse FG, StBV und K – vor.

Stadtrat Schumann, CDU-Ratsfraktion, spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0266/21 des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, wird in die Ausschüsse FG, StBV und K überwiesen.

6.49. Farbliche Hervorhebung der Radverkehrsanlagen am A0260/21
 Damaschkeplatz
 Interfraktionell

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future! bringt umfassend den interfraktionellen Antrag A0260/21 ein und bittet darum, diesem unverändert zuzustimmen.

Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, bringt den Änderungsantrag A0260/21/1 ein und gibt eine redaktionelle Änderung bekannt. (Im Beschlusstext ist „die Farbe Rot“ zu streichen und durch das Wort „Lasur“ zu ersetzen.)

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, wirbt für die Annahme des Antrages und erklärt, dass es eine gute Variante für andere Stellen in der Stadt wäre, falls sich dieses Vorhaben bewährt. Er bittet in diesem Zusammenhang darum, auch die Frage des Denkmalschutzes zu beleuchten und eine grundsätzliche Verständigung zu dieser Thematik mit dem neuen Baubeigeordneten Herrn Rehbaum zu führen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass er in seiner Dienstberatung beschlossen habe, dass die bereits verlegten Steine nicht wieder entfernt werden, sondern rot zu färben,

und bei neuen Radverkehrsanlagen rot eingefärbte Platten zu verwenden. Er verweist auf die Aussage der MVB, dass die Bestellung und Verlegung von neuen roten Steinen zu Terminverzögerungen führen würde und der Terminplan dann nicht eingehalten werden könne. Als Alternative schlägt er vor, durchgehend alle Steine rot zu färben.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann gibt den Hinweis, dass diese Gespräche im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes besprochen werden müssten.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, teilt mit, dass der Ausschuss StBV sich erstmals am 26.11.2020 mit dieser Thematik befasst hat und am 14.01.2021 die Variante der Verwendung einer Lasur von Herrn Dr. Scheidemann vorgestellt wurde. Er spricht sich dafür aus, dieser Variante zu folgen und bringt einen Änderungsantrag ein.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, hält den Änderungsantrag des Stadtrates Stage für die vernünftigste Lösung und spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen die Annahme des Antrages A0260/21 aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander begründet die Intention des interfraktionellen Antrages und spricht sich dafür aus, einheitlich zu verfahren.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, signalisiert im Namen seiner Fraktion Zustimmung zum Änderungsantrag des Stadtrates Stage und erklärt im Weiteren, dass ihm persönlich wichtig sein, dass die farbliche Hervorhebung der Radverkehrsanlagen in der Farbe „rot“ erfolgen soll.

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future, spricht sich gegen die Annahme des Änderungsantrages des Stadtrates Stage aus.

Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, erklärt, dass es unterschiedliche Betonpflaster gäbe, aber ein grundsätzlicher Nachteil der Moosbefall ist.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0260/21/1 der CDU-Ratsfraktion mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Im Beschlussvorschlag wird folgendermaßen ergänzt:

Im Rahmen der Erneuerung des Damaschkeplatzes sollen sich die Bordradwege farblich vom Fußweg abheben. Für die Umsetzung soll Lasur eingesetzt werden.

Gemäß Änderungsantrag des Stadtrates Stage, Fraktion GRÜNE/future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusstext des modifizierten Änderungsantrages A0260/21/1 wird wie folgt ergänzt:

Die Umsetzung soll so erfolgen, wie es im Ausschuss StBV am 14.01.21 vorgestellt wurde.

Gemäß interfraktionellem Antrag A0260/21 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 763-027(VII)21

Die Bordradwege im Rahmen der Erneuerung des Damaschkeplatzes sollen sich ausreichend von den Gehwegflächen abheben. Zur Umsetzung sind rot eingefärbte Betonplatten bzw. Betonsteine oder zur Verminderung des Rollwiderstandes - wie beim Bauvorhaben EÜ Ernst-Reuter-Allee - roter Asphalt zu verwenden.

Im Rahmen der Erneuerung des Damaschkeplatzes sollen sich die Bordradwege farblich vom Fußweg abheben. Für die Umsetzung soll Lasur eingesetzt werden.

Die Umsetzung soll so erfolgen, wie es im Ausschuss StBV am 14.01.21 vorgestellt wurde.

6.50.	Gutscheine Magdeburger Bürger*innenpanels	A0261/21
	Fraktion Grüne/future! SPD-Stadtratsfraktion	

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0261/21 in die Ausschüsse KRB und WTR – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der interfraktionelle Antrag A0261/21 wird in die Ausschüsse KRB und WTR überwiesen.

6.51.	Auszahlung der Corona-Prämie an alle Mitarbeiter*innen in der Kinder- und Jugendhilfe – auch bei freien Trägern!	A0265/21
	SR Müller, Fraktion DIE LINKE	

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen die Änderungsanträge A0265/21/1 der Fraktion AfD und A0265/21/2 der Fraktion DIE LINKE vor.

Es liegen die GO-Anträge der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A265/21 in die Ausschüsse Juhi und FG vor, der durch Stadtrat Müller, Fraktion DiE LINKE, um den Ausschuss VW ergänzt wird.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0265/21 des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE,

wird in die Ausschüsse Juhi, FG und VW überwiesen.

Die vorliegenden Änderungsanträge werden in die Beratungen mit einbezogen.

6.52. Änderung der Geschäftsordnung

A0268/21

Ausschuss KRB

Stadtrat Dr. Zenker, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Änderungsantrag A0268/21/1 ein.

Stadtrat Hoffmann, CDU-Ratsfraktion, unterstützt den Antrag A0268/21 ausdrücklich und teilt mit, das er die KID bereits beauftragt hat zu prüfen, inwieweit der Antrag umsetzbar ist.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses KRB Stadtrat Meister erläutert die Intention des Antrages.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Antrag ist wie folgt zu ergänzen:

Die Videokonferenz muss aktuelle Datenschutz- und Sicherheitszertifikate vorweisen können. Funktional soll die Lösung unter anderem das moderierte Durchführen von Konferenzen ermöglichen. Weitere Funktionen wie die Durchführung von Abstimmungen oder das Signalisieren von Wortmeldungen (Handheben) sollten möglich sein.

Gleichzeitig ist zu prüfen, inwieweit die technische Ausstattung der Sitzungsräume im Rathaus zur Nutzung von Videokonferenzen genügt. Dies gilt vor allem für das Übertragen von Tonsignalen aus den Sitzungsräumen und der Räume der Fraktionen zur Verfügung gestellt werden.

Gemäß vorliegendem Antrag A0268/21 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages der SPD-Stadtratsfraktion mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 764-027(VII)21

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Formulierungsvorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung zu erarbeiten, der es ermöglicht, Videokonferenzen durch die zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton entsprechend § 56 a KVG LSA durchzuführen.

Die Videokonferenz muss aktuelle Datenschutz- und Sicherheitszertifikate vorweisen können. Funktional soll die Lösung unter anderem das moderierte Durchführen von Konferenzen

ermöglichen. Weitere Funktionen wie die Durchführung von Abstimmungen oder das Signalisieren von Wortmeldungen (Handheben) sollten möglich sein.

Gleichzeitig ist zu prüfen, inwieweit die technische Ausstattung der Sitzungsräume im Rathaus zur Nutzung von Videokonferenzen genügt. Dies gilt vor allem für das Übertragen von Tonsignalen aus den Sitzungsräumen und der Räume der Fraktionen zur Verfügung gestellt werden.

8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Schriftliche Anfrage (F0017/21 des Stadtrates Liebau, Fraktion GRÜNE/future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die Volksstimme berichtete am 16.12.2020 über die Trennung der Familie Arabyan während einer Abschiebung. Nach dem Vorfall meldete sich der Vorsitzende des Integrationsbeirats der LH Magdeburg zu Wort und verwies auf grundlegende Missachtungen von Rechtsvorschriften. Er forderte die Familie nicht abzuschicken. Daher frage ich Sie:

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage fand die Abschiebung der Familie Arabyan statt? Wurde ihnen die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise angeboten?
2. Wie stellt sich der Prozess der Abschiebung im Allgemeinen dar? Bitte erläutern Sie einbezogene Ämter mit den jeweiligen Verantwortlichkeiten während des Prozesses.
3. Wie wird allgemein gewährleistet, dass Betroffene die Schreiben der staatlichen Institutionen verstehen? Werden Schreiben, die an Betroffene gesendet werden, beispielsweise in verschiedenen Sprachen übersetzt oder Verweise auf Dolmetscher gegeben?
4. Wie wird sichergestellt, dass Betroffene rechtliche Beratungsangebote wahrnehmen können? Gibt es Verweise auf Beratungsstellen oder den Verweis auf die Möglichkeit eines Härtefallantrags?
5. Welche Handlungsmöglichkeiten haben wir als Stadt, beispielweise nächtliche Abschiebungen und Abschiebungen von Jugendlichen während des Unterrichts zu verbieten?
6. Der Integrationsbeauftragte beklagt, dass er und der Beirat zu wenig einbezogen werden: Welche Möglichkeiten sehen Sie allgemein den Beauftragten bzw. den Beirat stärker einzubeziehen? Wie kann eine stärkere Einbindung bei Abschiebefällen erfolgen?

7. Rechtliche Fragen

- 7.1 Der Vater der Kinder muss auf der Grundlage einer Grenzübertrittsbescheinigung bis zum 27.01.2021 die BRD verlassen. Der 12-Jährige Sohn ist seit über einem Monat nicht auffindbar. Die mittlerweile 14-Jährige Tochter hat einen Antrag nach § 25a gestellt. Die Familie betonte, dass sie die Wiedereinreise der Mutter und der zwei Kinder sowie die Wiederaufnahme des Verfahrens fordert. Wie ist aus Ihrer Sicht die unfreiwillige Familientrennung mit folgenden Gesetzen vereinbar:
 - Artikel 6 Absatz 3 des Grundgesetzes

- Artikel 3 (1992 von Deutschland ratifizierten) UN-Kinderrechtskonventionen
- 7.2 Warum finden Abschiebungen nach Armenien statt. Obwohl eine Reisewarnung des Auswärtigem Amtes in das Krisengebiet und Konfliktgebiet Armenien/Aserbaidschan besteht.

Es wird um eine ausführliche Begründung zu jeden Teilaspekt des 7 Abschnitts gebeten.

8. Welche Möglichkeiten gibt es im Fall Arabyan Mutter und Kinder wieder nach Magdeburg zurückholen?

Es wird um eine ausführliche schriftliche Antwort gebeten.

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Herr Platz informiert über ein heutiges konstruktives Gespräch mit Herrn Blau, mit der Kinderbeauftragten Frau Thäger und der Vertreterin der Gleichstellungsbeauftragten. Er stellt klar, dass in der Vergangenheit noch nie Einzelfälle mit dem Integrationsbeirat abgesprochen wurden, da es sich um Angelegenheiten im übertragenen Wirkungskreis handele. Herr Platz macht deutlich, dass das Augenmerk stärker auf die Präventionsarbeit gelegt werden müsse und dies auch der Satzung für den Integrationsbeirat entspräche.

Er erklärt, dass er aufgrund der komplexen Fragen diese schriftlich beantworten wird.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Herr Dr. Trümper teilt mit, dass es normalerweise keiner Abschiebung bedarf, da es bei den langen Verfahren immer Rechtsmöglichkeiten gibt, wie Widerspruch oder Klagen einzureichen. Erst danach gibt es eine unaufschiebbare Abschiebung oder unaufschiebbare Rückführung, die sozusagen dann rechtskräftig ist. Er stellt klar, dass eine Abschiebung das letzte Mittel sei, wenn die Person die Entscheidung nicht akzeptiert.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Schriftliche Anfrage F0021/21 des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Mittlerweile ist klar, dass Corona uns alle vor nie gekannte Herausforderungen stellt. Gern setze ich voraus und erkenne an, dass die allermeisten und Vernünftigen versuchen ihr Bestes zu geben. Dafür ehrlichen Herzens: Danke! Dass niemand alles richtig machen kann und zwangsläufig, dort, wo Menschen sind, auch Fehler geschehen, ist auch klar. Umso mehr sind absolute Transparenz, Information und Kommunikation grundlegende Konstituenten im Krisenmanagement. Hier gibt es auf allen Ebenen durchaus noch Reserven zu erschließen. Gerade beim Thema „Corona-Impfungen“ erscheint nicht nur mir eine Gruppe bislang leider nicht wirklich im Fokus zu sehen und beinahe vergessen: Kranke Menschen, die in häuslicher Pflege tagtäglich aufopferungsvoll von ihren Angehörigen gepflegt werden. Immerhin stellt diese Kohorte bundesweit bis zu zwei Drittel aller Pflegebedürftigen überhaupt dar. Nicht alle sind transportfähig oder haben, aus welchen Gründen auch immer, einen Pflegedienst an Bord, eine Branche, die ohnehin unter Fachkräftemangel leidet. Zur Risikogruppe gehören sie dennoch allemal – doch wie nun gelangen sie zu ihrer Impfung?

Ich frage den Oberbürgermeister:

Auf welcher Weise wird gewährleistet, dass der o.g. Personenkreis, der es möchte, schnellstmöglich die lebensnotwendigen Corona-Impfungen bekommen kann?

Erachten Sie ein „Herankarren“ dieser pflegebedürftigen Menschen an ein zentrales Impfzentrum, so es denn jemals öffnet, und ihr dortiges „Durchschleusen“ tatsächlich als die geeignete und alternativlose Maßnahme?

Wie wird bisher eigentlich darüber der Informationsfluss gewährleistet, wie wird es künftig sein? Während andere Kommunen hierzu bereits persönlich adressierte Info-Briefe auf den Weg gebracht haben sollen, ruht in Magdeburg offenbar still der See. Warum? Was sagen all' die eingerichteten Institutionen und Netzwerke dazu: Pflegenetzwerk ‚Gute Pflege‘, unabhängige Pflegeberatung, Familieneininformationsbüro etc.?

Wird es bspw. möglich sein, auch hier mobile Impfteams in der Häuslichkeit zum Einsatz kommen zu lassen?

(Bei Pflegebegutachtungen, -beratungen und MDK-Prüfungen gelang dies bislang in der Regel ja auch, fragen und wundern sich nicht wenige Menschen...?)

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Verkehr Frau Borris:

Eingehend auf die bestehenden Schwierigkeiten bei den Impfungen teilt Frau Borris mit, dass es eine Herausforderung sei, allen die sich an sie wenden und der Meinung sind zur Priorität 1 zu gehören, eine Antwort zu geben. Sie stellt klar, dass derzeit kein Impfstoff zur Verfügung steht. Zur Frage, wie man mit den älteren Menschen umgehe, verweist sie auf die Impfstrategie, die bereits vom Oberbürgermeister schon mehrfach in seinen Pressekonferenzen dargestellt wurde. Demnach werden zuerst in den Altenpflegeheimen geimpft, weil dort immer wieder Coronaausbrüche zu verzeichnen seien. Frau Borris führt weiter aus, dass mehrere Aktionen gestartet wurden, um mit den Trägern und den Altenservicezentren ins Gespräch zu kommen, um zu schauen wie man vor Ort in unmittelbarer Nähe der älteren Menschen Angebote schaffen kann zur Unterstützung bei der Fragestellung, wie läuft es im Impfzentrum ab. Sie erklärt, dass hierzu Dokumente erarbeitet wurden, die in einer Pressekonferenz vorgestellt werden. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung sich auch mit der Frage, ob dies den Altenservicecentren in der pandemischen Zeit überhaupt zuzumuten ist und welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, auseinandergesetzt hat. Frau Borris informiert weiterhin, dass es von den Trägern auch Angebote gibt, mit den mobilen Impfteams Vereinbarungen für einen notwendigen Transport von Impfwilligen zu schließen. Sie erklärt, dass alle organisatorischen Fragen derzeit geklärt werden, da das Impfzentrum und die Impfteams arbeiten.

Bezüglich der Frage nach einem Anschreiben an die betroffenen Bürgerinnen und Bürger stellt Frau Borris die Frage, was sie denn darein schreiben solle, wenn noch kein Impftermin angeboten werden kann. Sie gibt zu Bedenken, dass es auch eine logistische Herausforderung wäre, wenn die Menschen zu Haus geimpft werden sollten. Frau Borris fasst zusammen, dass die Situation derzeit bezüglich des Handlings des Impfstoffes der Organisation und Durchführung der Impfung schwierig sei.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper bedankt sich ausdrücklich bei Frau Borris und ihrem Team dafür, dass sie sich seit Wochen Gedanken machen, wie die Impfungen am besten durchgeführt werden können. Er betont ebenfalls, dass sich aufgrund des geringen Impfstoffes das Ganze sehr schwierig gestaltet. Er teilt weiterhin mit, dass ihm auch eine Vielzahl von Briefen von 80jährigen Bürgerinnen und Bürger erreichen, die nicht in Altenpflegeheimen leben und nicht verstehen können, dass diese zuerst geimpft werden sollen. Er begründet das Vorgehen dahingehend, dass die Ansteckung mit Corona in Altenpflegeheime rasant schnell geht, wie ein aktueller Fall mit 13 Infizierten in einem Pflegeheim zeigt. Herr Dr. Trümper bittet darum auch zu Bedenken, dass man erst durch die zweite Impfung halbwegs sicher sei und daher dringend der Impfstoff benötigt wird.

Schriftliche Anfrage F0012/21 des Stadtrates Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fährstraße wurde vor wenigen Jahren grundhaft ausgebaut.

Im Rahmen eines Neubauprojektes mussten dort nun neue Versorgungs- und Entsorgungsleitungen verlegt werden, wofür die ganze Straße wurde aufgerissen wurde. Die Straße befindet sich derzeit nicht in dem Zustand, wie vor der Neuverlegung der Leitungen.

Daher möchte ich wissen:

1. Wurden vor dem grundhaften Ausbau der Straße dort keine neuen Leitungen verlegt, oder wurde der Bedarf falsch geplant?
2. Wird bei grundhaften Ausbau von Straßen grundsätzlich nicht in die Zukunft geschaut?
3. Ist der jetzige Zustand des Straßenbelages endgültig, oder wird die Straße nach Abschluss der Bauarbeiten am Wohngebäude wieder in Ordnung gebracht?

Ich bitte um kurze mündlich, sowie ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann

Eingehend auf die Fragestellung sichert Herr Dr. Scheidemann zu, dass nach der Verlegung der Fernwärmeerschließung die ordnungsgemäße Wiederherstellung erfolgt und im Vorfeld alle Medienträger einbezogen wurden.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Schriftliche Anfrage (F0014/21) der Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Entwurf zum Verkehrsentwicklungsplan 2030plus, der demnächst durch den Stadtrat beschlossen werden soll, werden Radverkehrsanlagen – „ausschließlich der Fahrradnutzung vorbehaltene Verkehrsflächen“ (s. S. 119) – mit einer Länge von insgesamt 533,8 km angegeben (Stand: 2018). Davon entfallen 285,0 km auf straßenbegleitende und 248,8 km auf selbständige Radverkehrsanlagen.

Die Landeshauptstadt hat demnach und abweichend anderer statistischer Ranglisten pro Einwohner*in gesehen das längste Radverkehrsnetz in Deutschland.

Zudem wird im Anhang 2 mit der Karte 2 das Radverkehrsnetz Magdeburgs abgebildet. Das rote Netz zeigt dabei straßenbegleitende Radwege bzw. Radfahrstreifen beidseitig oder mit einer Freigabe für beide Richtungen. Radverbindungen über verkehrsarme bzw. verkehrsberuhigte Straßen und durch Grünbereiche werden als grünes Netz dargestellt.

Abweichend zum Entwurf des Verkehrsentwicklungsplans 2030plus ist im statistischen Jahrbuch ersichtlich, dass in die 248,8 km selbständigen Radverkehrsanlagen auch ländliche Wege einbezogen werden, die sich in der Verantwortung der Stadt befinden. Zudem ist zu erkennen, dass Radwege, sofern sie beidseitig ausgeführt werden, doppelt in die 285 km straßenbegleitende Radverkehrsanlagen eingerechnet werden.

Ich frage Sie, Herrn Oberbürgermeister Dr. Trümper, deshalb:

1. Auf welcher Grundlage werden ländliche Wege, die vorrangig der Bewirtschaftung und der Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken dienen sollen, den Radverkehrsanlagen, also „ausschließlich der Fahrradnutzung vorbehaltene Verkehrsflächen“, zugerechnet?
2. Warum werden Radverkehrsanlagen, die beidseitig ausgeführt sind, doppelt in der Statistik erfasst? Straßen, die in beiden Richtungen befahrbar sind, mehrspurige Straßen oder auch Straßen, bei denen die Richtungsspuren baulich voneinander getrennt sind, entsprechen der einschlägigen Statistik aber nicht?
3. Dient dieses Berechnungsmodell auch der Umverteilung der Investitions- und Instandsetzungskosten, um die jährlichen Ausgaben in den Radverkehr zu veranschlagen?
4. Mit welchem Hintergrund werden Wegeverbindungen, wie z. B. Genthiner Straße bis zum Klusdamm in Alt Prester, abwechselnd dem roten oder grünen Netz zugeordnet, obwohl sich die jeweiligen Abschnitte vom Verkehrsaufkommen und der zulässigen Geschwindigkeit nicht unterscheiden?
5. Erfolgt die Zuordnung anhand des tatsächlichen Bedarfs aufgrund des (Rad-) Verkehrsaufkommens oder anhand der vorhandenen, lückenhaften Infrastruktur?
6. Warum werden auf der Karte, die das Radverkehrsnetz zeigt, zahlreiche Radverkehrsanlagen ausgewiesen, die so nicht existieren? Dies betrifft entweder in Gänze oder abschnittsweise unter anderem die Jakobstraße, die Leipziger Straße, die Breitscheidstraße, die Liebknechtstraße oder die B71 (Salbker Chaussee/Leipziger Chaussee), für die ein Lückenschluss erst kürzlich abgelehnt wurde (S0053/20), um nur wenige Beispiele zu nennen. Auch für den Radverkehr freigegebene Gehwege oder Fußgängerzonen, werden im Radverkehrsnetz ohne Einschränkungen dargestellt.

7. Warum werden ÖPNV-Haltestellen, in deren Nähe Fahrradabstellanlagen vorhanden sind hervorgehoben, obwohl es als Verknüpfung dieser beiden Verkehrsarten des Umweltverbundes Standard sein sollte? Welche Vorgaben (Anzahl, Entfernung der Abstellanlagen etc.) werden herangezogen, um eine Haltstelle als besonderen Knotenpunkt auszuweisen?

8. Werden die Angaben zu den echten Radverkehrsanlagen (also ohne ländliche Wege und freigegebene Gehwege) und die Radverkehrsnetz-Karte für den Beschluss des VEP 2030plus durch den Stadtrat an die realen Gegebenheiten angepasst, so dass die tatsächlichen Lücken im Netz erkennbar sind? Wenn nein, warum nicht?

9. Wo befinden sich die verbliebenen Radverkehrsanlagen und ländliche Wege? Bitte listen Sie diese einzeln mit Ort/Straße, Länge und Art (Benutzungspflicht, gemeinsam, getrennt, baulich angelegt etc.) auf. Machen Sie dabei bitte außerdem kenntlich, welche 244,2 km seit dem Jahr 2000 hinzugebaut wurden.

10. Wurden die Movebis-Daten der TU Dresden, die durch das Stadtradeln generiert wurden und bis Ende Januar nur den Teilnahmekommunen exklusiv zur Verfügung stehen, bereits ausgewertet?

11. Wenn ja, mit welchem konkreten Ergebnis und Zeitachse sowie Maßnahmenvorschlägen?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Eingehend auf die erste Frage gibt Herr Dr. Scheidemann den Hinweis, dass es sich hierbei um Vorgaben des Landes handelt.

Bezüglich der zweiten Frage teilt er mit, dass entsprechend der Vorgaben des Landes aufgrund der räumlich getrennten Lage so verfahren werden musste, da die genaue Länge der einzelnen Radwege ermittelt werden könne. Er erklärt, dass bei der Netzlänge nicht doppelt gezählt werden darf und auf diesen Unterschied geachtet werden müsse.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Schriftliche Anfrage (F0008/21) des Stadtrate Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Dezember 2020 wurde, zur Freude vieler Diesdorfer Familien, der Spielplatz „Am Neuber“ nach der Erneuerung der Spielgeräte vom SFM wieder freigegeben.

Von Eltern wurde ich allerdings auf eine potenzielle Gefahrenquelle aufmerksam gemacht. Spielgeräte mit Seilkombinationen sind noch nicht voll funktionstüchtig, da die Seile noch nicht angebracht wurden.

In den sich frei am Spielgerät befindlichen Seilösen wird seitens der Eltern eine mögliche Gefahrenquelle gesehen.

Daher frage ich die Verwaltung:

1. Wann werden die Seile an die entsprechenden Spielgeräte angebracht?
2. Welche Sicherungsmaßnahmen können getroffen werden um kurzfristig mögliche Gefahrenquellen zu minimieren?

Ich bitte um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann

Herr Dr. Scheidemann teilt mit, dass die fehlenden Seile in der Zeit vom 15.02. bis 19.02. angebracht werden. Eingehend auf die Frage, warum das so lange gedauert hat, merkt er an, dass das Spielgerät eine Sonderanfertigung gewesen ist und erst nach dem Aufbau die Seillängen genau ausgemessen werden können. Die TÜV-Abnahme war am 18.12.20.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Schriftliche Anfrage (F0019/21) des Stadtrates Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 20.02.2014 wurde durch Beschluss des Stadtrates die Aufstellung der Änderung des B-Planes Nr. 312-2 „Große Diesdorfer Straße/ Dehmbergstraße“ im Teilbereich beschlossen.

Der Antragsteller hatte alle Auflagen immer zeitnah erfüllt. Auch ständiges Nachfragen half nicht, den Vorgang zu beschleunigen.

So erging ganze 5 Jahre später, am 16.05.2019 der Beschluss des Stadtrates über die Änderung des Geltungsbereiches und der Planungsziele.

Laut Mitteilung der geplanten Zeitschiene durch Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes an den Antragsteller von Ende 2020 sollte nun im Juli/ August 2021 durch Bekanntmachung im Amtsblatt der Verfahrensablauf beendet sein.

In den vergangenen Tagen erging jedoch folgende Nachricht an den Bauherren:

„die geplante Einbringung der Beschlussvorlagen für die Zwischenabwägung und den Entwurf der 1. Änderung des B-Planes Nr. 312-1 "Große Diesdorfer Straße/ Dehmbergstraße" kann leider nicht zeitnah erfolgen. Eine neue Terminfolge für die Einbringung kann derzeit leider nicht mitgeteilt werden.“

Es ergeben sich folgende Fragen:

1. Sieben Jahre Verfahrensablauf und kein Ende in Sicht, bei wie vielen Bauanträgen (prozentual) ist diese Zeitschiene Realität?
2. Der Zeitraum von mehr als sieben Jahren ist nicht annähernd hinnehmbar, ebenfalls ist den Bürger*innen der Landeshauptstadt Magdeburg in keiner Weise vermittelbar, das Krankheit, Urlaub etc. Auslöser sind. Wo liegen im konkreten Fall die Ursachen für diesen kriechenden Verfahrensablauf? Wer ist dafür verantwortlich?
3. Wie können diese Ursachen behoben werden? Wann werden die Ursachen im konkreten Fall behoben?
4. Wann kann im konkreten Fall eine neue Terminfolge für die Einbringung mitgeteilt werden?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann

Herr Dr. Scheidemann informiert, dass es in diesem Bereich des Bauleitplanes eine Eigentumsveränderung gab und der ursprüngliche Flächeneigentümer und Antragsteller zunächst das Verfahren selbst ausgesetzt hat. Der neue Eigentümer hat im Rahmen des Bauleitplanverfahrens sich für eine Flächenerweiterung entschieden, was dann zu weiteren Verzögerungen führte.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Schriftliche Anfrage (F0022/20) des Stadtrates Canehl, Fraktion GRÜNE/future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Magdeburger Verkehrsbetriebe (MVB) haben bekanntgegeben, dass alle Verkaufsstellen, außer jene am Alten Markt/Ernst-Reuter-Allee und das MVB-Kundenzentrum in der Otto-von-Guericke-Straße 25, temporär wegen des Lockdowns im Zuge der Corona-Pandemie geschlossen werden. Von der Schließung ist offenbar auch der Infopunkt am Zentralen Omnibusbahnhof betroffen.

Für den letztgenannten Ort existiert bekanntermaßen ein Vertrag zwischen Stadt und MVB. Dieser besagt, dass die MVB diesen Busbahnhof betreibt und dort mindestens von 9 bis 17 Uhr ein*e Mitarbeiter*in der MVB sitzt. Damit sind dort auch die Toiletten geöffnet; zudem ist dies die einzige Anlaufstelle für den regionalen Verkehr. Mit der Schließung wird meines Erachtens nach der öffentliche Verkehr nicht gefördert und man verärgert insbesondere die Mitarbeiter*innen und die Fahrgäste des Regionalverkehrs.

Deshalb frage ich Sie:

1. Hat die Stadt dem Verfahren der MVB zugestimmt? Falls nicht, liegt ein Vertragsbruch vor?
2. Ist es möglich, dort eine Person zu platzieren und den Standort offen zu lassen. Falls nicht, wie ist dies pandemisch begründet und warum und mit welcher Begründung dürfen die beiden anderen Verkaufsstellen dennoch offen bleiben?
3. Wie kann die vertraglich vereinbarte Nutzung der Toiletten vor Ort gewährleistet werden?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Schriftliche Anfrage (F0013/21) des Stadtrates Guderjahn, Fraktion
Gartenpartei/Tierschutzallianz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Ihrer persönlichen Erklärung während der Sitzung des Stadtrates im Dezember 2020 war zu erfahren, dass Akten über Sie geführt wurden, deren Inhalte Ihnen unbekannt waren und das Anfragen über die gesetzliche Wiederwahlmöglichkeit Ihrer Person als Oberbürgermeister an das Innenministerium gestellt wurden.

Ich möchte gerne wissen:

1. Wer ist Initiator dieser Angelegenheit, wer gab die Anweisung zu den Maßnahmen und welche Personen sind in diese Tätigkeiten involviert?
2. Gab es personelle Konsequenzen, wie Disziplinarverfahren, Abmahnungen? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
3. Werden Akten über Mitarbeitende der Stadtverwaltung, Stadträt*innen und/ oder Bürger*innen geführt, von denen die betreffende Person nicht in Kenntnis gesetzt ist? Wenn ja aus welchem Grund werden diese Akten geführt? Welche Informationen enthalten diese Akten und welche Anfragen wurden gestellt?
4. Gibt es Untersuchungen (auch anonym) über Wahlen, die in der Landeshauptstadt Magdeburg stattfanden, z.B. über entstandene Fehler durch den Wahlleiter, Wahlhelfer oder andere Mitarbeiter? Oder Geheimakten über Wahlfälschungen?
5. Wenn das Rechtsamt der Landeshauptstadt Magdeburg nicht in der Lage ist, anhand klarer Rechtsgrundlagen, darüber zu urteilen, ob eine Person wählbar ist, sind dann dort die richtigen Mitarbeitenden tätig?

Ich bitte um kurze mündlich, sowie ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Sollte eine öffentliche Beantwortung rechtlich nicht vertretbar sein, bitte ich um Beantwortung in der Nichtöffentlichkeit.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Zu den noch vorliegenden Anfragen F0297/20, F0301/20, F0003/21, F0004/21, F0005/21, F0006/21, F0007/21, F0009/21, F0010/21, F0015/21, F0016/21, F0018/21 und F0020/21 erfolgt die Antwort schriftlich durch die Verwaltung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Michael Hoffmann
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Michael Hoffmann

Mitglieder des Gremiums

Prof.Dr. Alexander Pott

Norman Belas

Julia Bohlander

Matthias Borowiak

Matthias Boxhorn

Julia Brandt

Stephan Bublitz

Jürgen Canehl

Aila Fassl

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

Christian Hausmann

René Hempel

Bernd Heynemann

Dr. Lydia Hüskens

Anke Jäger

Dennis Jannack

Urs Liebau

Madeleine Linke

Nadja Lösch

Julia Mayer-Buch

Olaf Meister

Hans-Joachim Mewes

Stefanie Middendorf

Burkhard Moll

Oliver Müller

Kathrin Natho

Stephan Papenbreer

Tim Rohne

Jens Rösler

Manuel Rupsch

Chris Scheunchen

Evelin Schulz

Jenny Schulz

Andreas Schumann

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Mirko Stage

Barbara Jutta Tietge

Dr. Lutz Trümper

Roland Zander

Dr. Niko Zenker

Geschäftsführung

Silke Luther

Mitglieder des Gremiums

Frank Pasemann

Abwesend - entschuldigt

Oliver Kirchner

Matthias Kleiser

Hagen Kohl
Karsten Köpp
Ronny Kumpf
Burkhard Lischka
Christian Mertens
Steffi Meyer
Dr. Jan Moldenhauer
Robby Schmidt
Carola Schumann
Reinhard Stern
Dr. Thomas Wiebe